Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/1738

Schriftlicher Bericht

des Verkehrsausschusses
(20. Ausschuß)

über den von der Bundesregierung zur Unterrichtung vorgelegten Vorschlag der Kommission der EWG für eine Verordnung des Rats über die Beseitigung von Diskriminierungen auf dem Gebiet der Frachten und Beförderungsbedingungen

— Drucksache V/31 —

A. Bericht des Abgeordneten Erhard (Bad Schwalbach)

Der Herr Präsident des Deutschen Bundestages hat mit Schreiben vom 25. November 1965 dem Verkehrsausschuß den von der Bundesregierung vorgelegten Vorschlag der Kommission der EWG über eine Verordnung des Rats betreffend die Beseitigung von Diskriminierungen auf dem Gebiet der Frachten und Beförderungsbedingungen — Drucksache V/31 — überwiesen. Der Herr Präsident des Deutschen Bundestages stützt sich dabei auf den Beschluß des Bundestages vom 25. Juni 1959 — Drucksache 1187 —. Er hat den Termin für die Berichterstattung im Plenum auf den 30. Juni 1967 verlängert.

Der Verkehrsausschuß hat sich in seinen Sitzungen vom 21. April und 5. Mai 1966 sowie vom 11. Mai 1967 mit der Vorlage befaßt. Da ein Beschluß über eine gemeinsame Verkehrspolitik innerhalb der EWG noch nicht erfolgt ist und solange eine gemeinsame Tarifordnung noch nicht vorliegt, können Diskriminierungen nicht festgestellt werden, weil hierfür der Maßstab fehlt. Daher hat auch der Wirtschafts- und Sozialausschuß des Europäischen Parlaments die Vorlage zurückgewiesen. Der Verkehrsausschuß des Europäischen Parlaments will die Vorlage an die EWG-Kommission zurückgeben.

Deshalb hat der Ausschuß einstimmig beschlossen, dem Plenum des Deutschen Bundestages zu empfehlen, die Bundesregierung aufzufordern, die Vorlage an die EWG-Kommission zurückzugeben mit der Maßgabe, daß eine erneute Beratung dieser Materie nach einer Beschlußfassung der EWG-Staaten über eine gemeinsame Verkehrspolitik innerhalb der EWG erfolgen soll.

Bonn, den 11. Mai 1967

Erhard (Bad Schwalbach)
Berichterstatter

Ausschußantrag umseitig

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,

die Bundesregierung wird aufgefordert, den Vorschlag der Kommission der EWG — Drucksache V/31 — an die EWG-Kommission zurückzugeben. Die Bundesregierung möge jedoch darauf hinwirken, daß nach einer Beschlußfassung der EWG-Staaten über eine gemeinsame Verkehrspolitik innerhalb der EWG eine erneute Beratung über die Beseitigung von Diskriminierungen auf dem Gebiet der Frachten und Beförderungsbedingungen erfolgt.

Bonn, den 11. Mai 1967

Der Verkehrsausschuß

Dr. Müller-Hermann | **Erhard (Bad Schwalbach)**
Stellv. Vorsitzender | Berichterstatter

angenommen in der 110. Plenarsitzung am 12. Mai 1967